



ODENWALD KURIER

Zeitung der **DKP** für den Odenwald

März
2025

Guten Tag!

Wehrpflicht? Ohne uns!

„Mit Beginn des russischen Angriffskriegs in der [...] wird viel über die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands diskutiert. Und somit ist auch die Büchse der Wehrpflicht-Pandora wieder geöffnet“, schreibt ein Artikel der *taz*. Was dabei thematisiert wird, ist aber viel mehr als nur eine abstrakte „Büchse“, es ist eine reale Bedrohung für die Jugend. Junge Erwachsene, die dieses Jahr ihren 18ten Geburtstag feiern - ein Ereignis, das eigentlich mit Glücksgefühlen und Freude gefüllt sein sollte -, werden mit einem Fragebogen auf ihre Kriegstüchtigkeit geprüft. Die mentale Belastung dabei, einen Fragebogen auszufüllen, der prüft, wie geeignet man ist, um in Schützengräben zu sterben, wird völlig ignoriert. Jugendliche haben Angst, was aus ihrer Zukunft wird. Doch Friedrich Merz, Robert Habeck, Alice Weidel, Christian Lindner und all die anderen Karrierepolitiker vergessen in ihrem Aufrüstungswahn die eigentlichen Probleme der Jugend. Während Schulen zerfallen, Lehrkräfte fehlen, Lehrmittel Unsummen kosten und Ausbildungsplätze weiter abgebaut werden, diskutieren die bürgerlichen



Parteien, wie möglichst viele Jugendliche in den Krieg ziehen können. Während die Ausgaben für Rüstung und Waffen jährlich um rund 16% steigen, wird der Haushalt für Bildung nur um 2,6% angehoben - durch die Inflationsrate von 5,9% im Jahr 2023 sind die Bildungsausgaben also de facto gesunken. Als junge Menschen fragen wir uns: Wie kann man in so einer Situation nicht unter Perspektivlosigkeit leiden? Die Regierungsparteien geben mehr als acht Milliarden Euro für Kampfflugzeuge aus und erzählen uns im gleichen Atemzug, es gäbe nicht genug Geld für die Sanierung unserer Schulen. Dass der Staat keine Mittel für die Zukunft unserer Jugend hätte, ist also nichts als eine dreiste Lüge! Die Ängste der Jugend, in den Krieg ziehen zu müssen und ihr Leben aufs Spiel zu setzen, werden für die Ambitionen des deutschen Imperialismus schamlos von den Herrschenden ausgenutzt. Deshalb: Gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht! **Eure Kriege - Ohne uns!**

Sozialistische Deutsche Arbeiter Jugend (SDAJ) Odenwald

Mit dem Gas macht's keinen Spaß

Es ist Winter und auch im Odenwald heizen viele Familien ihre Wohnungen mit Erdgas. Einst als preiswerter und umweltfreundlicher Energieträger gelobt, ist Erdgas in Verruf geraten. Solange Nordstream-Gas durch die Leitungen strömte, waren die Gaspreise durch lange Lieferverträge konstant und günstig. Grüne Klimaretter in der Regierung waren Vorreiter des Boykotts des russischen Gastransits durch die Pipelines und bescherten uns kräftige Preissteigerungen.

Ein Michelstädter, der sein Häuschen mit Gas beheizt, durchsuchte dankenswerterweise für uns seine Gasrechnungen der letzten Jahre. Diese lagen von 2019 bis 2022 konstant bei 5,4 Cent pro Kilowattstunde, um dann nach den glorreichen politischen Strafmaßnahmen gegen Putin auf fast das Dreifache anzusteigen. Mittlerweile sanken die Preise wieder, sind aber immer noch doppelt so hoch wie 2022. Unser Hinweisgeber meint, nur durch die letzten ungewöhnlich milden Winter hätte er die "Anpassungen" verkraften können.

Die Teuerung wiederum konnte die betroffenen Haushalte nicht davon abbringen, ihre Wohnungen in der kalten Jahreszeit weiterhin mit Gas zu beheizen. Eigentlicher Nutznießer ist die US-Fracking-Industrie, die nicht nur Deutschland, sondern immer mehr EU-Staaten mit diesem teuren und umweltschädigenden Flüssiggas beliefern. Der neue US-Präsident Donald Trump war es, der während seiner ersten Amtszeit von

2017 bis 2021 massiv gegen den Bau der Ostseepipeline Nordstream II intervenierte und mit Sanktionen die Rohr-Verlegefirma „Allseas“ zur Einstellung der Arbeiten zwang. Nordstream II wurde trotzdem fertiggestellt und war betriebsbereit. Wäre diese Gasleitung in Betrieb gegangen, wäre das Risiko unsicherer Durchleitung durch vorhandene Leitungen via Polen oder die Ukraine ausgeschaltet.

Was dann geschah, wissen wir, auch wenn die Ermittlungen nach Tätern des Terroranschlags vom 26. September 2022, seit zweieinhalb Jahren ohne Ergebnis bleiben. Die „Jamal-Leitung“, die durch Polen führt, seit 1999 in Betrieb war und Gas aus Sibirien lieferte, wurde durch die polnische Regierung im NATO-Sinne am 26. April 2022 sabotiert. Blieb noch der Versorgungsstrang durch die Ukraine, der am 31. Dezember 2024 durch Präsident Selenskyj abgeschaltet wurde.



Heute kann man feststellen, dass es dem neuen US-Präsidenten Donald Trump gelungen ist, seine Fracking-Industrie als Hauptlieferanten von Flüssiggas in der EU zu etablieren. Wenngleich zu erheblichen Preissteigerungen.

R. Weber

Wird der Krieg in der Ukraine beendet?

In Saudi-Arabien trafen sich die beiden Chefunterhändler der USA und Russlands, die Außenminister Marco Rubio und Sergej Lawrow, um über die Beendigung des Krieges in der Ukraine zu verhandeln.

Versprachen sich die USA, der Strategie Brzeziński's folgend, von einem Stellvertreterkrieg eine Schwächung Russlands, so scheint es nun eine Abkehr von diesem Ziel zu geben. Möglicherweise, weil die Kosten der neuen Administration zu hoch erscheinen und andere Geschäftsmodelle sich eher für das Projekt MAGA (make America great again) eignen.

Mit der bisherigen Bilanz können die USA jedoch zufrieden sein. Es ist ihnen gelungen, Europa von günstigen Energielieferungen abzukoppeln, ihr schmutziges Gas teuer zu verkaufen und ihre Waffenindustrie auf Hochtouren laufen zu lassen.

Geradezu vasallenhaft haben sich Regierungen der Europäischen Union als zahlungswillige Mitläufer in die Strategie der Vorgängerregierungen eingegliedert. Sicher auch, um als Trittbrettfahrer die eigenen Rüstungsambitionen und Machtambitionen bedienen zu können.

Mit unterschiedlicher Vehemenz haben sie das Risiko einer Abkoppelung von Russlands Energie in Kauf genommen und mit einer beispiellosen Sanktionspolitik ihrer eigenen Wirtschaft geschadet. Allen voran Deutschland, dessen prominente Politikerinnen und Politiker sich in besonderem Maße der transatlantischen Verbundenheit verpflichtet fühlten.

Dass sie nun nichts zu melden haben, aber die Kosten für den Krieg übernehmen sollen, darf nicht überraschen. Es ist die Fortführung der amerikanischen Außenpolitik mit anderen Mitteln. Doppelmoralisch aufgeladene Emotionen werden durch eine rationale Kosten-Nutzen-Analyse ersetzt.

Das schmerzt insofern, als dass nun offensichtlich wird, dass es diese hochgepriesene westliche Wertewelt nicht gibt und auch noch nie gegeben hat.

Wenn die Europäische Union nun ihr Desaster mit dem Heraufbeschwören einer russischen Gefahr kompensieren möchte, weil man ja schließlich im Kampf gegen das Böse allein dasteht, bedient sie ihre eigenen militärischen Machtambitionen und vor allem das Interesse der Rüstungsindustrie. Hierfür hat Präsident Trump auch schon Ideen, wie und wo in Amerika eingekauft werden soll.

Folgt die EU diesem Weg, ist das eine radikale Abkehr von dem, was mal Friedensprojekt Europa war. Olof Palme und Willi Brandt wussten, dass Friede in Europa nicht gegen Russland zu haben ist, sondern nur mit Russland.

Die Kosten für diese verhängnisvolle und hochriskante Politik wird die arbeitende Bevölkerung zu zahlen haben. Zunächst durch drastische Absenkung des Lebensstandards, einer hohen Verschuldung und Sozialabbau.

Es wird Zeit, gegen diesen Wahnsinn auf die Straße zu gehen!

G. Janske

***V.i.S.d.P.: Reinhold Fertig Hochstraße 31, 64720 Michelstadt
E-Mail reinhold-fertig@t-online.de***